

Fax

Dr. Christiane Alberternst
Mitglied des Nürnberger Stadtrats

STR

Freie Demokraten

OBERBÜRGERMEISTER

FDP

02. JUNI 2017

/.....Nr.....

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

1	Zur Stellungnahme
2	Antwort vor Absendung vorlegen
3	Antwort zur Unterschrift vorlegen

EP

RAI
KVB

z.w.V.

lv.
20/19

U:3.377

Nürnberg, 2.06.2017

Schule als sicherer Ort, Eskalation bei Abholung aus Berufsschule

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadt Nürnberg hat in den letzten Jahren ein umfassendes und bundesweit beachtetes Konzept zur Berufsvorbereitung und Berufsorientierung für Flüchtlinge entwickelt und umgesetzt. In Berufsintegrationsklassen und dem Berufsübergangsjahr bekommen junge Geflüchtete gezielte Sprachförderung, eine allgemeine und berufsfeldbezogene Qualifizierung und Berufsvorbereitung, die Möglichkeit, den Mittelschulabschluss zu machen und die Chance auf dauerhafte Integration in Ausbildung oder Beschäftigung.

Dieses erfolgreiche Konzept wird derzeit durch die Abschiebep Praxis der Regierung von Mittelfranken ad absurdum geführt. Pädagogen und Schulpsychologen drückten bereits vor den Tumulten am BZ am 31.5.17 ihre Besorgnis angesichts der angekündigten Abschiebung von Berufsschülern nach Afghanistan aus. Das Abholen von Schülern aus der Schule ist eine extreme Belastung für die jungen Menschen, aber auch für die gesamte Schulfamilie. Weil es Ängste schürt und Schulmotivation zerstört, sabotiert das Vorgehen die Bildungs- und Integrationsmaßnahmen der Stadt in diesem Bereich.

Zudem seien laut GEW Schulleitungen darüber informiert worden, dass sie von der Polizei dazu aufgefordert würden, bei Abschiebungen mitzuhelfen. Das Rechtsamt habe sogar eine Verpflichtung der Schulleitungen zur Mitwirkung festgestellt. Hieraus komme es zu einer starken Verunsicherung der Schulleitungen, Lehrkräfte und Beratungskräfte an den Schulen über ihre Rolle. Und es stellt sich die Frage, mit welchen Konsequenzen sie zu rechnen haben, wenn sie aufgrund humanistischer und christlicher Werte nicht an einer Abschiebung mitwirken wollen.

Nun schien der junge Mann, der am 31.5.17 von Polizeikräften aus dem Berufsschulzentrum abgeholt wurde, sich nach aktuellen Presseberichten illegal in Deutschland aufzuhalten. Das wirft die Frage auf, wie es dazu kam, dass in er das Berufsorientierungsprogramm aufgenommen werden konnte. Doch davon unabhängig, wie diese einzelne Situation zu bewerten ist: ein Abholen von Schülern aus der Schule halten wir aus oben genannten Gründen für völlig inakzeptabel. Schule muss ein sicherer Ort sein, damit Bildung gelingt.

Wir stellen daher zur Behandlung im Stadtrat folgenden

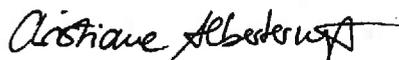
Antrag:

Der Nürnberger Stadtrat fordert die Regierung von Mittelfranken auf, junge Geflüchtete nicht abzuschicken, solange sie in den Berufsintegrationsklassen in Nürnberg beschult werden. Danach sollen sie eine angemessene Zeit von 6 Monaten erhalten, um sich einen Ausbildungsplatz zu suchen.

Die Verwaltung beantwortet folgende Fragen:

- 1) Welche Entscheidungsspielräume und Härtefallregelungen können genutzt werden, damit Schule ein sicherer Ort bleibt und Schüler nicht aus der Schule zur Abschiebung abgeholt werden?
- 2) Wie wird der Aufenthaltstitel der jungen Geflüchteten überprüft, die in eine Berufsintegrationsklasse aufgenommen werden sollen?
- 3) Wie ist der Rahmen von Konsequenzen für Schulleitungen und Lehrkräfte, die aus Gewissensgründen nicht an Abschiebungen mitwirken wollen?

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Christiane Alberternst